

Stefan Berger

Wege und Irrwege des demokratischen Sozialismus

Das Verhältnis von Labour Party und SPD zum Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert*

Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie gehören zu denjenigen sozialdemokratischen Parteien, die für die programmatische Orientierung der internationalen Sozialdemokratie in ihrer nun 150-jährigen Geschichte sicher Erhebliches geleistet haben. Natürlich sind gerade die programmatischen Debatten der Sozialdemokratie überhaupt nur im Spannungsfeld nationaler und transnationaler Diskussionen sinnvoll zu analysieren, weil einerseits die Nation vom 19. Jahrhundert bis heute den entscheidenden Handlungsrahmen sozialdemokratischer Parteien stellt und andererseits gerade der integrale Internationalismus der Sozialdemokratie sie immer wieder über nationale Tellerränder hinwegblicken ließ, um die Frage zu stellen, ob aus den Debatten und den politischen Umsetzungen programmatischer Ideen anderer sozialdemokratischer Parteien gelernt werden konnte. Dieser transnationale Blick lässt sich oftmals nur schwer auf eine binationale Perspektive verengen. Denn natürlich waren neben Labour Party und SPD zu verschiedenen Zeiten und Orten auch andere sozialdemokratische Parteien und sozialdemokratische Politiker und Strategen anderer Länder für die programmatische Entwicklung der Sozialdemokratie zentral – man denke etwa nur an die schwedischen Sozialdemokraten und ihre zentralen Vordenker, wie Per Albin Hansson oder Rudolf Meidner. Letzterer hatte ja interessanterweise auch wiederum deutsche Wurzeln und reiste nach dem Zweiten Weltkrieg sogar kurzzeitig nach Deutschland mit der Frage im Gepäck, ob er nicht dauerhaft nach Deutschland zurückkehren sollte.¹

In den nachfolgenden Überlegungen soll aber aus Platzgründen dennoch die vergleichende Frage im Mittelpunkt stehen, welche programmatischen Wege jeweils Labour Party und SPD zum demokratischen Sozialismus nahmen und spezifisch, wie sie sich dabei zum Kapitalismus positionierten. Dabei will ich mich auf die Spannungen konzentrieren, die aus zwei Grundelementen sozialistischer Programmatik resultierten – der ursprünglichen programmatischen Ambition der Überwindung des Kapitalismus und der gleichzeitigen Forderung nach umfassender Demokratisierung von Politik und anderen Lebensbereichen. Die antikapitalistische Vergangenheit beider Parteien liegt für die gegenwärtige Führung von Labour Party und SPD geschichtspolitisch in der Vorvergangenheit. Man kann diese historische Periode historisieren und tut sich auch nicht schwer mit Erklärungen, warum es einen starken Antikapitalismus in beiden Parteien gegeben hat. Wichtig ist allerdings immer die Betonung der Notwendigkeit der Überwindung dieses Antikapitalismus, der insgesamt als nicht mehr zeitgemäß gilt. Dabei ist es, historisch betrachtet, noch gar nicht so lange her, dass sich beide Parteien vom Antikapitalismus verabschiedet haben.

* Es handelt sich bei diesem Aufsatz um das Manuskript eines Abendvortrags des Autors im Rahmen des AfS-Autorenworkshops an der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Der Stil eines Vortrags wird hier beibehalten. Stefan Braun sei ganz herzlich gedankt für bibliografische Hilfestellung und für die stilistische Anpassung des Textes und der Fußnoten an den Stil des AfS.

¹ Lars Ekdahl, *Mot en tredje väg. En biografi över Rudolf Meidner*, Stockholm 2005; zur Entwicklung der schwedischen Sozialdemokratie vgl. Klaus Misgeld/Karl Molin/Klas Åmark (Hrsg.), *Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden*, University Park, PA 1992.

In ihrer gerade gefeierten 150-jährigen Geschichte sind es gerade mal gut 50 Jahre seit der Verabschiedung des Godesberger Programms von 1959, durch welches sich die SPD vom Antikapitalismus verabschiedet hat. Etwas überraschend mag für viele Leser das Argument dieses Aufsatzes sein, dass sich die Labour Party in ihrer etwas mehr als 110 Jahre währenden Geschichte erst mit der Durchsetzung von Tony Blairs New Labour, also erst in den 1990er Jahren, endgültig des Antikapitalismus entledigt hat. Der Aufsatz wird von daher auch der Frage nachgehen, wieso sich der Glaube an einen vom Staat moderierten und durch Staatsbetriebe umfassend gegen Märkte abgeschotteten Sektor gerade in der oft als erzreformistisch verschrieenen Labour Party so lange halten können. Zugleich soll auch danach gefragt werden, was es für die SPD bedeutete, sich seit den 1950er Jahren ebenso zügig wie umfassend vom Ziel der Überwindung des Kapitalismus verabschiedet zu haben. Das Verhältnis beider Parteien zum Antikapitalismus ist dabei nicht richtig zu begreifen, ohne auch ihr Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie mit in den Blick zu nehmen. Welches Demokratieverständnis ging mit dem jeweiligen Umgang mit und der jeweiligen Stellung zum Kapitalismus einher? Welchen Einfluss hatte dieses Demokratieverständnis auf die Haltung zum Kapitalismus? Auf der Grundlage eines hier leider nur zu skizzierenden Überblicks über das Verhältnis von Labour Party und SPD zu Kapitalismus und Demokratie sollen dann abschließend auch einige Fragen hinsichtlich der Positionierung beider Parteien in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus gestellt werden.

Nimmt man 1863 als Gründungsdatum der deutschen Sozialdemokratie, so kann man sagen, dass die deutsche Partei rund 40 Jahre älter ist als die britische Labour Party, die als »Labour Representation Committee« im Jahre 1900 entstand und sich erst 1906 in Labour Party umbenannte. Seit Gustav Mayer haben viele Historikerinnen und Historiker immer wieder auf die besonders frühe Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie in Deutschland verwiesen und darin zum Teil auch einen Bestandteil eines deutschen Sonderweges gesehen.² Anders als in Großbritannien hätten die deutschen Mittelschichten die Arbeiter rigoros ausgegrenzt – bestes Beispiel waren immer die hohen Mitgliedsbeiträge des Nationalvereins, die darauf zielten, die unteren sozialen Schichten aus der bürgerlichen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts auszugrenzen.³ Von daher sei den Arbeitern kein anderer Weg geblieben, als frühzeitig ihre eigenen politischen Organisationen zu gründen und sich von den Mittelschichten und ihrem Nationalliberalismus abzusetzen. In Großbritannien dagegen sei es dem politischen Arm des in den Mittelschichten des Landes verwurzelten Liberalismus gelungen, die Arbeiter stärker in das bestehende politische System zu integrieren und bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Entstehung einer unabhängigen Arbeiterbewegung zu verhindern.⁴ Im Grunde war es erst die Spaltung und damit Schwächung der Liberalen im Ersten Weltkrieg, die den Weg frei gemacht hatte für den Aufstieg der Labour Party, die vor dem Ersten Weltkrieg nicht viel mehr war als ein Anhängsel der Liberalen.⁵

2 *Gustav Mayer*, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863–1870), Leipzig 1911; *Susanne Müller/Heinrich Potthoff*, Kleine Geschichte der SPD, 1848–2002, Bonn 2002; *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007; *Stefan Berger*, Social Democracy and the Working Class in Nineteenth and Twentieth Century Germany, London 2000.

3 *Andreas Biefang*, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994.

4 *Eugenio F. Biagini/Alastair J. Reid* (Hrsg.), Currents of Radicalism. Popular Radicalism, Organised Labour and Party Politics in Britain, 1850–1914, Cambridge/New York etc. 1991.

5 *Andrew Thorpe*, A History of the British Labour Party, Basingstoke/New York 1997; *Ross McKibbin*, The Evolution of the Labour Party, 1910–1924, Oxford/New York etc. 1974; vgl. auch *John D. Fair*, Labour's Rise and the Liberal Demise. A Quantitative Perspective on the Great Debate, 1906–1918, in: *Albion* 34, 2002, S. 58–73.

Eine solche Sicht der deutschen Historiografie zur Arbeiterbewegung kam im Prinzip der lange vorherrschenden Frontstellung in der britischen Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung sehr entgegen. Diese feierte oder verdamnte den ›Labourism‹ der Labour Party als spezifischen britischen Sonderweg, war sich aber grundsätzlich einig, dass der Mangel an sozialistischer Programmatik das Alleinstellungsmerkmal und damit den britischen Sonderweg innerhalb der Geschichte des europäischen Sozialismus darstellte.⁶ In der Tat ist die Stärke des sozialen Liberalismus in Großbritannien beeindruckend. Aber die Liberale Partei konnte die Gewerkschaften als stärksten Ausdruck eines selbstbewussten britischen Klassenbewusstseins nur an sich binden, indem sie ihre Interessen zum Teil nachdrücklich vertrat – nicht ohne sich dabei in innere Widersprüche zu verwickeln.⁷ Die Spannungen zwischen Gewerkschaften und Liberal Party nahmen auch deshalb schon lange vor 1914 zu, sodass sich eine Trennung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie auch in Großbritannien bereits vor dem Ersten Weltkrieg abzeichnete, zumal auch die britische öffentliche Debatte zum Teil durch einen rabiaten Antisozialismus gekennzeichnet war, wie er auch im kaiserlichen Deutschland an der Tagesordnung war.⁸ Zugleich sollte nicht übersehen werden, dass sich in Deutschland trotz ›Sozialistengesetzen‹ und der Verunglimpfung von Sozialdemokraten als ›vaterlandslose Gesellen‹ lange vor 1914 in weiten Kreisen der Partei eine pragmatische Haltung der politischen Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen durchsetzte. Der Wunsch nach stärkerer Integration in die deutsche Gesellschaft war allenthalben zu spüren.⁹

Beide Parteien sollten also nicht, wie das lange Zeit gemacht wurde, an unterschiedlichen Enden einer Achse sozialdemokratischer Entwicklungen verortet werden.¹⁰ Ihre Entwicklung vollzog sich durchaus in vergleichbaren europäischen Tendenzen, bei denen vor 1914 Verfassungs- und Wahlrechtsreformen vor allem auch von sozialdemokratischen Kräften nachhaltig betrieben wurden. Sozialdemokraten griffen dabei immer wieder auf die Ideen und Schriften von Demokraten im 19. Jahrhundert zurück. Diese fanden allerdings oftmals keinen Eingang in offizielle Parteiprogramme. Dabei ist es wichtig, offizielle programmatische Statements nicht in ihrer Bedeutung überzubetonen. Überhaupt neigte die sozialdemokratische Geschichtsschreibung in Deutschland, analog zur SPD, dazu, die Bedeutung von Programmen zu überschätzen.¹¹ Unterschiedliche programmatische Mischungsverhältnisse waren charakteristisch für viele sozialdemokratische Parteien der Vorkriegszeit; unterschiedliche Ideen und Konzepte wurden situativ in den Vordergrund geschoben, abhängig davon, welche konkreten Ziele jeweils verfolgt wurden. Der demokratische Sozialismus der Vorkriegszeit war gekennzeichnet durch seine weite programmatische Spannbreite. Natürlich ist es richtig, dass die kleine marxistische »Social Demo-

6 *Geoffrey Foote*, *The Labour Party's Political Thought. A History*, Basingstoke 1997; *Alastair J. Reid/Henry Pelling*, *A Short History of the Labour Party*, Basingstoke 2005.

7 *Paul Adelman*, *The Decline of the Liberal Party 1910–1931*, Harlow 1981.

8 *Paul M. Kennedy/Anthony J. Nicholls* (Hrsg.), *Nationalist and Racialist Movements in Britain and Germany Before 1914*, London 1981.

9 *Dieter Groh*, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1974; *David E. Barclay/Eric D. Weitz* (Hrsg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York 1998.

10 Vgl. *Stefan Berger*, *Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich. 1900–1931*, Bonn 1997.

11 So gibt es etwa für die SPD mehrere ausführliche Kompilationen ihrer Programme und eine ausufernde interpretatorische Literatur zur programmatischen Entwicklung. Vgl. *Dieter Dowe/Kurt Klotzbach* (Hrsg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmentwürfen im Anhang*, Bonn 2004. Beides findet bei der Labour Party kaum ein Pendant.

cratic Federation« bereits nach kurzer Zeit wieder aus der Labour Party austrat¹² und dass sich die mächtige SPD zumindest im ersten Teil ihres Erfurter Parteiprogramms zum Marxismus bekannte. Aber der Hohepriester des Marxismus der Vorkriegsinternationale, Karl Kautsky, unterstrich noch einmal die programmatische Bandbreite der Vorkriegssozialdemokratie, als er 1908 der Aufnahme der britischen Labour Party mit dem Argument den Weg bereitete, die Labour Party sei zwar keine marxistische Partei, würde aber objektiv dennoch den Klassenkampf im marxischen Sinn betreiben.¹³

Insgesamt war in der britischen Labour Party und der deutschen SPD und vielleicht sogar in der Vorkriegssozialdemokratie insgesamt die gemeinsame Ablehnung des wirtschaftlichen und sozialen Systems, das man als Kapitalismus beschreiben kann, viel wichtiger als die Frage, ob man Marxist war oder nicht. Dieser Antikapitalismus war das eigentlich einigende Band in der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit; der Weg hin zur Überwindung des Kapitalismus dagegen war der eigentliche Zankapfel. Dabei kann man grundsätzlich von revolutionären und evolutionären Wegen auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus sprechen. Mit anderen Worten, der politische Weg des Antikapitalismus war umstritten, und hier wird man in der Tat im deutsch-britischen Vergleich feststellen können, dass der revolutionäre Weg in Deutschland sich weitaus größerer Beliebtheit erfreute als in Großbritannien. Doch war dies ein Gestus, den Dieter Groh mit »revolutionärem Attentismus« gut beschrieben und Jean Jaurès bereits in der Vorkriegszeit als zahnloses Gerede treffend demaskiert hat.¹⁴ In Großbritannien war die Arbeiterbewegung viel stärker verwurzelt in der demokratischen Tradition des Landes und in einem Pluralismus, den man in Deutschland erst mühsam erlernen musste. Allerdings sollte man auch hier berücksichtigen, dass sich gerade im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 und des »Verrats« von Ramsay MacDonald an der Partei 1931 eine starke demokratiskeptische Fraktion um Theoretiker wie Harold Laski formierte, die die parlamentarischen und pluralistischen Traditionen Großbritanniens kritisch analysierten.¹⁵ Dennoch wird man insgesamt sagen können, dass sich Antikapitalismus und ein Bekenntnis zu Pluralismus und parlamentarischer Demokratie im Vereinten Königreich der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr viel harmonischer miteinander verbanden als im Deutschen Reich, wo der Demokratie als bürgerlicher Demokratie immer ein Hauch von kapitalistischer Klassenherrschaft anhing, selbst noch in der staatstragenden SPD von Weimar.

Der Erste Weltkrieg markiert bereits für die sozialdemokratischen Parteien beider Länder einen tiefen Einschnitt. Er spaltete die Parteien in Internationalisten und Nationalisten und in Reformisten und Revolutionäre. Durch den Erfolg der bolschewistischen Revolution 1917 und die Politik Lenins verstetigten sich diese bereits in der Vorkriegssozialdemokratie angelegten Spaltungen nach dem Ersten Weltkrieg in eine kommunistische und sozialdemokratische Richtung der Arbeiterbewegung. Während sich in Deutschland die außerhalb der Sowjetunion mächtigste kommunistische Partei Europas der Zwischenkriegszeit herausbildete, blieb die »Communist Party of Great Britain« eine politisch marginale Erscheinung.¹⁶ Die Labour Party war durch ihren föderalen Aufbau der Spaltung im Krieg entgangen, während die Sozialdemokratie bis 1923 in einen linken und rechten

12 *Martin Crick*, *The History of the Social-Democratic Federation*, Staffordshire 1994.

13 *Berger*, *Ungleiche Schwestern*, S. 262f.

14 *Groh*, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*; *Harvey Goldberg*, *The Life of Jean Jaurès*, Madison, WI 1962; *Gilles Candar*, *Jean Jaurès (1859–1914). »L'intolérable«*, Paris 1984.

15 *Isaac Kramnick/Barry Sheerman*, *Harold Laski. A Life on the Left*, London 1993.

16 *Hermann Weber*, *Kommunismus in Deutschland 1918–1945*, Darmstadt 1983; *Eric D. Weitz*, *Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton, NJ 1997; *Kevin Morgan*, *Bolshevism and the British Left*, 2 Bde., London 2006; *Matthew Worley*, *Class Against Class. The Communist Party in Britain between the Wars*, London 2002.

Flügel gespalten blieb. Die antikapitalistische Grundstimmung der Vorkriegssozialdemokratie war dadurch in der rechten MSPD nur noch sehr schwach ausgeprägt. Hier war man weitgehend bereit, in Zusammenarbeit mit bürgerlich-demokratischen Parteien den politischen Umbau Deutschlands in Richtung Parlamentarismus und Demokratie voranzutreiben und diesen politischen Zielen den Vorrang zu geben vor einem Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Nach der Wiedervereinigung mit der USPD 1923 wurde der antikapitalistische Grundzug der Partei wieder gestärkt – immerhin zogen die Jungsozialisten in der Weimarer Republik durch deutsche Städte mit dem Slogan: »Demokratie, das ist nicht viel; Sozialismus ist das Ziel.«¹⁷

Allerdings blieb die SPD bis 1933 die konsequenteste staatsbejahende Partei der Weimarer Republik.¹⁸ Sozialdemokratische Pluralisten wie Gustav Radbruch und Hermann Heller vertraten nicht länger die Ansicht, dass in der wahren sozialistischen Gesellschaft keine Interessensplitterung auftreten könne.¹⁹ Gerade weil die Existenz unterschiedlicher Interessen ein Charakteristikum jeder Gesellschaft ist, wurde der Erhaltung der Rechte des Einzelnen durch Rechtsstaatlichkeit größte Bedeutung beigemessen. Für die Sozialdemokratie wurde der demokratische Staat zur idealen Staatsform, da nur in ihm existierende Klassenkonflikte gelöst werden könnten, indem die Rechtsstaatlichkeit auch auf andere gesellschaftliche Bereiche – vor allem auf die Wirtschaft – ausgedehnt werde. Allerdings waren für viele Sozialdemokraten der Weimarer Republik Wirtschaftsdemokratiekonzepte nur vor dem Hintergrund einer sozialistischen Gesellschaft denkbar. Gerade die Weltwirtschaftskrise nach 1929 stärkte unter vielen Sozialdemokraten, nicht nur in Deutschland und Großbritannien, die Überzeugung von der Überlebtheit des Kapitalismus und der Notwendigkeit des Übergangs zu einer sozialistischen Wirtschaftsform. Erst in der Bundesrepublik, vor dem Hintergrund des überwältigenden Erfolgs eines sozial verantwortlichen Kapitalismus in der Zeit des Kalten Kriegs, wurden Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie gezielt auf das wirtschaftliche Subsystem innerhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems angewandt.

Auch in Großbritannien führte der Aufstieg der Labour Party zur zweiten Partei des Landes zu erstmaligen Regierungserfahrungen 1924 und 1929–1931, beide Male als von der Liberalen Partei tolerierte Minderheitsregierungen. Der Sturz der ersten Labour-Regierung über einen gefälschten Brief Grigory Zinovievs an die Labour-Führung zeigt noch einmal eindrücklich die antisozialistischen Potenziale innerhalb der britischen Gesellschaft.²⁰ Als Minderheitsregierungen konnten die Labour-Regierungen nur sehr moderate Reformen durchsetzen; das Ineinanderfallen der zweiten Regierungsphase mit der Weltwirtschaftskrise führte zum katastrophalen Austritt des charismatischen Führers der Labour Party Ramsay MacDonald, mit einigen wenigen Getreuen, aus der eigenen Partei. Mit ihnen bildete er eine nationale Koalition mit den Konservativen, was die eigene Karriere de facto beendete und ihm einen Platz als »Erzverräter« in der Parteimythologie einbrachte, den erst die herausragende Biografie David Marquands Ende der 1970er Jahre erschüttern konnte, die natürlich ihrerseits wiederum in internen Parteidebatten lokalisiert

17 Reinhard Lüpke, *Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919–1931*, Marburg 1985.

18 Heinrich August Winkler, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, 3 Bde., Berlin/Bonn 1984ff.

19 Walter Pauly (Hrsg.), *Rechts- und Staatsphilosophie des Relativismus. Pluralismus, Demokratie und Rechtsgeltung bei Gustav Radbruch*, Baden-Baden 2011; Wolfgang Schluchter, *Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat. Hermann Heller und die staatsrechtliche Diskussion in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 1983.

20 Gill Bennett, »A Most Extraordinary and Mysterious Business«. *The Zinoviev Letter of 1924*, London 1999.

werden muss, welche letztendlich zur Spaltung der Partei 1981 führten.²¹ Die schlechten Erfahrungen mit Regierungspolitik in der Zwischenkriegszeit verschärften den antikapitalistischen Grundzug der Labour Party in den 1930er Jahren.²² Dabei blieb der politische Reformismus allerdings, wie in der Vorkriegszeit, vorherrschend.

Es war gerade die Stärke dieses politischen Reformismus, den viele deutsche Sozialdemokraten in ihrem britischen Exil kennen- und schätzen lernten. Schon der Vordenker des deutschen Reformismus, Eduard Bernstein, war ja maßgeblich von seinen englischen Erfahrungen beeinflusst.²³ Insgesamt hat bei vielen deutschen Sozialdemokraten ihr Kampf gegen den Faschismus aus der Exilsituation heraus Bekenntnisse zu westlichen Formen der Demokratie gestärkt.²⁴ Das gilt für das britische Exil ebenso wie für das skandinavische oder US-amerikanische Exil. Politisch setzte sich somit in der Zeit des Exils die Bewegung hin zu einem Bekenntnis zu parlamentarischer Demokratie fort, wobei aber zugleich durchaus die Ideale einer Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft beibehalten wurden. So unterschied Arthur Rosenberg in den 1930er Jahren noch die sozialistische Demokratie von Formen bürgerlicher Demokratie, indem er nur die sozialistische Demokratie mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verband.²⁵ Gerade die Erfahrung von Krieg und Faschismus überzeugte auch so manchen Sozialdemokraten, dass die Tage des Kapitalismus nach dem Weltkrieg gezählt seien und dass man zu parlamentarischen Mehrheiten für eine sozialistische Demokratie in einer nichtkapitalistischen Wirtschaft vorstoßen könne.

Bei der Labour Party führte die Kriegserfahrung und das gemeinsame Wirken mit den Konservativen in einer Koalition zu einer weitergehenden Integration in die britische Gesellschaft, wobei der Krieg frühzeitig als Legitimation einer umfassenden Umgestaltung der britischen Gesellschaft begriffen wurde. Die großen Opfer der britischen Arbeiterklasse im Krieg mussten belohnt werden durch eine sozial gerechtere Gestaltung der britischen Nachkriegsgesellschaft.²⁶ Die Tage des Kapitalismus galten auch hier vielen Parteigenossen als gezählt.

Anders als die SPD fand sich die Labour Party am Ende des Zweiten Weltkriegs überraschend als Regierungspartei wieder. Hatten die deutschen Sozialdemokraten aus ihrem Antifaschismus einen moralischen Führungsanspruch im Nachkriegsdeutschland formuliert, der allerdings von den Wählern dann nicht honoriert wurde, so entschieden sich die britischen Wähler für viele politische Beobachter unerwartet gegen den Kriegshelden Winston Churchill und für die von einem sehr unsoldatisch daherkommenden Offizier geführte Labour Party. Der antikapitalistische Grundzug der Labour Party fand seinen Ausdruck in einem dann allerdings nur in Teilen umgesetzten massiven Nationalisierungsprogramm. Wirtschaftsplanung und -lenkung standen ebenso auf dem Programm wie die

21 *David Marquand*, Ramsay MacDonald, London 1977.

22 *Michael Newman*, Harold Laski. A Political Biography, Pontypool 2009; *Peter Beilharz*, Labour's Utopias. Bolshevism, Fabianism, Social Democracy, London/New York 1992.

23 *Helmut Hirsch*, Der »Fabier« Eduard Bernstein. Zur Entwicklungsgeschichte des evolutionären Sozialismus, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977; *Manfred B. Steger*, The Quest for Evolutionary Socialism. Eduard Bernstein and Social Democracy, Cambridge/New York etc. 1997.

24 *Anthony Glees*, Exile Politics During the Second World War. The German Social Democrats in Britain, Oxford 1982; *Isabelle Tombs*, Socialists Debate their History from the First World War to the Third Reich. German Exile and the British Labour Party, in: *Stefan Berger/Peter Lambert/Peter Schumann* (Hrsg.), Historikerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch 1750–2000, Göttingen 2003, S. 361–381; *Julia Angster*, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

25 *Arthur Rosenberg*, Democracy and Socialism. A Contribution to the Political History of the Past 150 Years, London 1939.

26 *Angus Calder*, The People's War. Britain 1939–1945, London 1997.

nachhaltige Umgestaltung des Gesundheitswesens zu einem polytechnischen, staatlichen, über Steuern finanzierten allgemeinen Gesundheitswesen, dem heute noch existenten und in der britischen Gesellschaft weithin beliebten »National Health Service«. Die sehr schwierige wirtschaftliche Nachkriegssituation Großbritanniens komplizierte die Aufgabe einer sozialistischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, doch als die Konservativen Anfang der 1950er Jahre wieder die Regierung stellen konnten, schreckten sie davor zurück, die bestehenden, von der Labour-Regierung eingeführten Maßnahmen wieder zurückzunehmen. Im »Butskellism« der Conservative Party der 1950er Jahre formierte sich ein im Prinzip sozialdemokratischer Konsens der britischen Nachkriegsgesellschaft, der erst durch die Regierungen Margaret Thatchers, dann aber umfassend, aufgekündigt wurde.²⁷ In der Erinnerung der Labour Party allerdings blieben die antikapitalistisch angehauchten ersten Labour-Regierungen der Nachkriegszeit ein geradezu mythischer Referenzpunkt bis in die 1980er Jahre hinein und wurden gerade im politischen Kampf gegen Margaret Thatcher häufig wieder aktualisiert.²⁸

In Deutschland dagegen entwickelte sich in der DDR ein von der kommunistischen Partei dirigiertes staatssozialistisches Experiment, das 1989/90 in der wohlbekannten Sackgasse endete, während in der Bundesrepublik die christliche und nicht die soziale Demokratie die Entwicklung eines spezifisch rheinischen Kapitalismus unter, im Vergleich mit Großbritannien sehr viel stärkeren, antikommunistischen Vorzeichen vorantrieb. In der Oppositionszeit der langen 1950er Jahre verabschiedete sich die SPD nicht nur vom Marxismus, sondern auch von einer antikapitalistischen Grundhaltung, die vielen in der Partei angesichts des Erfolgs des rheinischen Kapitalismus nicht mehr zeitgemäß erschien.²⁹ Politisch war die SPD in der parlamentarischen Demokratie, gesellschaftlich im Kapitalismus angekommen. Gerade weil der Durchbruch zu einem eindeutigen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie in der SPD erst in die Nachkriegszeit fällt, fiel es der Partei leichter, sich vom Antikapitalismus als mit der neuen Demokratieorientierung unvereinbar zu verabschieden, gerade unter den in Westdeutschland im Vergleich zu Großbritannien verschärften Bedingungen des Antikommunismus. Das Godesberger Programm symbolisiert diese wichtige Wegmarke für die SPD auf dem Weg zu einer Zielvorstellung von einem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.³⁰

Für die Labour Party gibt es keine vergleichbare symbolische Wegmarke und auch keine vergleichbar scharfe Absetzbewegung vom Antikapitalismus. Gerade weil sich hier Antikapitalismus und Demokratieorientierung schon seit Längerem besser miteinander verbanden, schien es der Labour Party auch nach dem Zweiten Weltkrieg, im Kontext des Kalten Kriegs, nicht unbedingt verwerflich, an einem demokratischen Antikapitalismus festzuhalten. Die »Signposts for the 60s« ähneln noch am ehesten einem programmatischen Parteidokument mit Signalwirkung, auch wenn sie kaum von vergleichbar symbolischer Bedeutung waren wie das Godesberger Programm. Bezeichnenderweise sind sie auch in der gegenwärtigen Erinnerungskultur der Labour Party praktisch nicht präsent. Denn sie markieren einen denkbar scharfen Kontrapunkt zum Godesberger Programm der SPD. Während das Godesberger Programm weit über Deutschland hinaus zum Symbol programmatischer Neuorientierung der SPD geworden ist, hielten die »Signposts«

27 Peter Kerr, *Postwar British Politics. From Conflict to Consensus*, London 2001.

28 Kenneth O. Morgan, *Labour in Power 1945–1951*, Oxford/New York etc. 1985.

29 Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Bonn 1996.

30 Susanne Miller, *Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms*, in: *dies.*, *Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD; zum 80. Geburtstag*, hrsg. v. Bernd Faulenbach, Bonn 1995, S. 306–319.

unmissverständlich an einer kapitalismuskritischen Sicht fest.³¹ Die Sozialisierung weiterer Bereiche der Privatwirtschaft blieb das Hauptziel der Labour Party. Der private Besitz an Produktionsmitteln wurde scharf kritisiert und den revisionistischen Strömungen in den eigenen Reihen wurde eine klare Absage erteilt. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger galt als Ursache für die fortgesetzte wirtschaftliche Malaise Großbritanniens. Stattdessen betonte die Labour Party die Vorzüge einer verstaatlichten Planwirtschaft als Grundvoraussetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit und weiterem revolutionärem Wandel der britischen Gesellschaft.³² Dass man in der Labour Party in den 1950er und 1960er Jahren in sehr viel geringerem Maße Abschied von der antikapitalistischen Grundhaltung nahm, mit der alle sozialdemokratischen Parteien der Vorkriegszeit gestartet waren, hat viel mit dem zum Teil nostalgischen Rückblick auf die Jahre 1945 bis 1951 zu tun. Auch das britische Mehrheitswahlsystem, das politische Radikalität ungleich stärker konserviert als das bundesrepublikanische Verhältniswahlrecht, spielte hier eine wichtige Rolle. Aber entscheidend war, meiner Meinung nach, dass man in der Labour Party auf eine sehr lange Tradition des demokratischen Antikapitalismus zurückblicken konnte, die dem Antikapitalismus seine revolutionäre Spitze nahm und ihn auch innerhalb der Konfrontation des Kalten Kriegs im Rahmen von sozialen Egalitätsvorstellungen und gerechterer Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums akzeptabel erscheinen ließ.

In den 1960er Jahren wurden beide Parteien von linken Führungsfiguren dominiert: Willy Brandt in der Bundesrepublik und Harold Wilson in Großbritannien. Vergleicht man die beiden, so fällt auf, wie viel stärker Wilson von dem Glauben an Planwirtschaft und Sozialisierung geprägt war. Während Willy Brandt, gerade auch aufgrund der eigenen Vergangenheit und seiner konsequent betriebenen Vergangenheitspolitik, für eine Form des ethischen Sozialismus stand und die Demokratisierung der Gesellschaft auf vielen verschiedenen Ebenen programmatisch verfolgte³³, galt Wilson als Symbol eines geplanten Staatskapitalismus, auch wenn er in seiner Regierungspolitik wenig konkrete Schritte unternahm, um weitere Sozialisierungsmaßnahmen durchzusetzen.³⁴ Umgekehrt gelang es Reformern in der Partei, wie etwa Barbara Castle, gerade nicht, die in Großbritannien sehr antagonistisch gestalteten industriellen Beziehungen zu reformieren.³⁵ Man sollte allerdings die Unterschiede beider Parteien in ihrer Haltung zum demokratischen Sozialismus nicht überbetonen. Der Glaube an die Macht technologischer Lösungen, »the white heat of the technological revolution«³⁶, hatte auch viele überzeugte Anhänger in der SPD. Beide sozialdemokratischen Parteien blieben bis weit in die 1970er Jahre hinein Ideen eines Social Engineering »von oben« verpflichtet, die aus demokratietheoretischer Perspektive äußerst problematisch waren. Dennoch, so meine These hier, war der Antikapitalismus in der SPD in den 1960er Jahren grundlegender verschwunden als in der Labour Party. Was das politische Demokratieverständnis anbetrifft, hatte man dagegen in der SPD weitgehend das demokratische Verständnis britischer Sozialdemokraten eingeholt.

31 *Nicholas Ellson*, *Egalitarian Thought and Labour Politics. Retreating Visions*, London 1994; *Brian Brivati*, *Hugh Gaitskell*, London 2006.

32 *Tudor Jones*, *Remaking the Labour Party. From Gaitskell to Blair*, London 1996.

33 *Peter Merseburger*, *Willy Brandt. 1913–1992. Visionär und Realist*, München 2013.

34 *Ben Pimlott*, *Harold Wilson*, London 1992.

35 Department of Employment and Productivity, *In Place of Strife. A Policy for Industrial Relations*, London 1969; zum Scheitern ihrer »industrial relations policy« vgl. auch: *Peter Dorey*, *Industrial Relations Policy*, in: *ders.* (Hrsg.), *Developments in British Public Policy*, London 2005, S. 133–160.

36 So einer der wichtigsten Wahlslogans Harold Wilsons bei den Wahlen zum britischen Unterhaus 1964.

Infolge der 68er-Revolte erfolgte in beiden sozialdemokratischen Parteien ein Linksruck, der zum Teil bürgerkriegsähnliche Grabenkämpfe auslöste.³⁷ Während viele Neomarxisten den Weg von verschiedenen K-Gruppen und unabhängigen linken Gruppen in die SPD fanden, waren es in Großbritannien die an den Universitäten Ende der 1960er Jahre starken Trotzlisten, die in der Labour Party innerparteiliche Gruppenbildungen in Form der »Militant tendency« formten, die in vielen lokalen Parteigruppen eine wichtige Einflussnahme erzielten.³⁸ Wichtiger Unterschied der Entwicklung war allerdings, dass die SPD durch die gesamten 1970er Jahre hindurch Regierungspartei war und als solche eine Regierungspolitik betrieb, die immer weiter vom Willen der Parteibasis entfernt schien.³⁹ In Großbritannien dagegen wechselten sich konservative und Labour-Regierungen in den 1970er Jahren ab, bis 1979 mit Margaret Thatcher ein liberaler Radikalkonservatismus an die Regierung kam, der Großbritannien in den 1980er Jahren nachhaltig verändern sollte.⁴⁰ Vor diesem Hintergrund marschierte die Labour Party programmatisch strikt nach links; in den 1970er Jahren entwickelte die Partei mehrere Konzepte der Überwindung des liberalen Kapitalismus, während man sich inmitten des sich anbahnenden ›zweiten‹ Kalten Kriegs für eine unilaterale Abrüstung einsetzte.⁴¹ Der anders als in der SPD niemals überwundene demokratische Antikapitalismus der Labour Party schuf einen günstigen Nährboden für die programmatische Linksorientierung der Labour Party in den 1970er und frühen 1980er Jahren, die sie innerhalb der europäischen Sozialdemokratien der Zeit zu einem absoluten Außenseiter werden ließ. Mit der Wahl Michael Foots zum Parteivorsitzenden war die Linke am Ziel ihrer Bemühungen, innerparteilich dominierende Kraft zu werden.⁴²

Nach dem Abgang Helmut Schmidts als Kanzler 1982 setzten sich zwar auch in der Führung der SPD Parteilinke durch, aber sie trieben die programmatische Entwicklung nicht in ähnlicher Weise auf eine Überwindung des Kapitalismus und des Kalten Kriegs zu, wie dies bei der Labour Party der Fall war. Stattdessen orientierte man sich viel stärker an den Leitlinien eines »social Europe«, wie es vor allem von Jacques Delors auf europäischer Ebene in den 1980er Jahren vertreten wurde. Es wurde dabei weitgehend als Gegenmodell zu einer entfesselten Ideologie der freien Marktwirtschaft à la Reaganomics oder Thatcherismus gesehen.⁴³ Die grundsätzliche Umorientierung der SPD hin nach Europa in den späten 1950er und 1960er Jahren erwies sich hier ebenfalls als substanzieller als die immer etwas halbherzige Orientierung der Labour Party auf Europa, die auch etwas damit zu tun hatte, dass man aufseiten der Labour Party lange Zeit hoffte, den Sozialismus in einem Lande erreichen zu können – eine Aussicht, die im westeuropäischen Konzert der Nationalstaaten eher unwahrscheinlich schien.⁴⁴

37 Thomas A. Koelble, *The Left Unraveled. Social Democracy and the New Left Challenge in Britain and West Germany*, Durham, NC 1991.

38 Jens-Peter Steffen, *Militant Tendency. Trotzismus in der Labour Party*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 1994; Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstaflösung*, Berlin 1977; Andreas Kühn, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt am Main 2005; Jeanette Seiffert, »Marsch durch die Institutionen?«. Die 68er in der SPD, Bonn 2009.

39 Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.

40 John Campbell, *Margaret Thatcher*, 2 Bde., London 2007f.

41 Noel Thompson, *Political Economy and the Labour Party. The Economics of Democratic Socialism, 1884–2005*, London 2006.

42 Kenneth O. Morgan, *Michael Foot. A Life*, London 2008.

43 Detlev Albers/Stephen Haseler/Henning Meyer (Hrsg.), *Social Europe. A Continent's Answer to Market Fundamentalism*, London 2006.

44 Dionyssi G. Dimitrakopoulos (Hrsg.), *Social Democracy and European Integration. The Politics of Preference Formation*, London 2011.

Der Linkskurs der Labour Party führte die Partei in die Parteispaltung. 1981 gründete die Parteirechte die »Social Democratic Party«, die sich, wie die meisten westeuropäischen Sozialdemokratien, vom Antikapitalismus der Labour Party verabschieden wollte.⁴⁵ 1983 fuhr die Labour Party ihr desolates Wahlergebnis nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Danach war es dann ausgerechnet der dezidiert linke walisische »firebrand« Neil Kinnock, der die Partei wegführte von einer antikapitalistischen und unilateralen Position.⁴⁶ Da man ihm persönlich den Wandel von Saulus zu Paulus nicht abnahm, waren es erst seine Nachfolger, und da vor allem Tony Blair, die eine maßgebliche programmatische Umorientierung der Labour Party vollzogen. Unter explizitem Rückbezug auf die sozialliberalen britischen Traditionen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vollzog Blair die Abkehr von Staat, Planung, Social Engineering und Antikapitalismus, all den Dingen, die in der langen Regierungszeit der Konservativen zwischen den späten 1970er und den späten 1990er Jahren zu *bêtes noires* der britischen gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung gehörten und dafür erhalten mussten, den langen Abstieg des »*sick man of Europe*« zu erklären.

In einer berühmt gewordenen Rede betonte Blair, er habe kein Problem mit den Superreichen und der größer werdenden Schere zwischen Superreichen und Armen; ihm ginge es darum, den Armen Wege aus der Armut zu ermöglichen; dazu sei Hilfe zur Selbsthilfe angesagt. Die berühmte »Clause IV« der Labour Party, die die Partei seit 1918 auf den Sozialismus verpflichtete und zu den wenigen programmatischen Grund-Statements der Partei gehörte, schaffte Blair kurzerhand ab, ebenso wie er die Macht der Gewerkschaften über innerparteiliche Entscheidung massiv beschnitt.⁴⁷ Programmatisch kamen ihm linke sozialliberale Intellektuelle wie Will Hutton, mit seinem »stakeholder socialism« oder Anthony Giddens mit seinem »Third Way« zu Hilfe.⁴⁸ Es fällt allerdings auf, dass diese theoretischen Begleittexte in die praktische Politik wenig Eingang fanden. De facto changierten die Labour-Regierungen unter Blair zwischen Akzeptanz neoliberaler Politik und Marktregulierung einerseits und klassischer Distributionspolitik andererseits.⁴⁹ Dennoch: Mit Blair verabschiedet sich die Labour Party nachhaltig und im Grunde zum ersten Mal von dem antikapitalistischen Grundkonsens, der bis dahin in der Partei stark vertreten war. Es war die Antwort einer über bald 20 Jahre frustrierten Labour Party auf die Herausforderungen des thatcherschen Neoliberalismus. Zurück blieb ein wirtschaftlich und sozial entkerntes Bekenntnis zur Demokratie und zu demokratischen Prozessen, die sich allerdings innerparteilich in einer Fokussierung auf Fokusgruppen und in der Regierungspolitik in einer Weigerung zu führen und einer Selbstbeschränkung auf das, was angeblich mehrheitsfähig und medienpolitisch durchsetzbar schien, erschöpften. Mit dem Antikapitalismus schien auch das Bekenntnis zur Demokratie in die Krise zu kommen.⁵⁰

In der SPD war die Partei ja auch in den 1970er Jahren ein gutes Stück nach links gerutscht, wobei der wirtschaftliche Rahmen des Kapitalismus, anders als in Großbritannien, nicht mehr infrage gestellt wurde. Die »Enkel« von Willy Brandt dominierten die Partei in der langen Phase der Opposition in den 1980er und 1990er Jahren und als dann endlich

45 Ivor Crewe/Anthony King, *SDP. The Birth, Life and Death of the Social Democratic Party*, Oxford/New York etc. 1995.

46 Martin Westlake, Neil Kinnock, 1983–1992, in: Kevin Jeffreys (Hrsg.), *Leading Labour. From Keir Hardie to Tony Blair*, London 1999, S. 171–192.

47 James E. Cronin, *New Labour's Pasts. The Labour Party and its Discontents*, Harlow/New York 2004.

48 Will Hutton/Anthony Giddens (Hrsg.), *On the Edge. Living with Global Capitalism*, London 2000.

49 Sarah Hale, *Blair's Community. Communitarian Thought and New Labour*, Manchester 2006.

50 Raymond Kuhn, *Media Management*, in: Anthony Seldon (Hrsg.), *Blair's Britain, 1997–2007*, Cambridge/New York etc. 2007, S. 123–142.

einer der ›Enkel‹, Gerhard Schröder, mit einer rot-grünen Koalition die Regierung in Deutschland übernahm, zeichnete sie sich, ähnlich wie die Blair-Regierungen in Großbritannien, durch eine eher neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik aus, die sich vor allem in der Agenda 2010, den Hartz-IV-Reformen und der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten mit der massiven Steigerung von Formen prekärer Arbeit widerspiegelte.⁵¹ Mit dem Abtritt Oskar Lafontaines trat zugleich die noch verbliebene Option auf eine Zählung des Kapitalismus in den Hintergrund.⁵² Nicht durch Zufall kam es ja dann auch zu dem Schröder-Blair-Papier, das in Großbritannien so gut wie keine Diskussionen auslöste, während es in Deutschland zu großen Debatten um die ›Seele der SPD‹ führte, erklärbar aus der Enttäuschung der Partei mit dem neoliberalen Kurs der rot-grünen Regierung.⁵³

Was ich versucht habe hier ganz kurz zu skizzieren, ist der lange Abschied sozialdemokratischer Parteien von ihren ursprünglich antikapitalistischen Grundpositionen. Diese hatten ihren Ursprung in den Erfahrungen und programmatischen Haltungen vor dem Ersten Weltkrieg. Auch wenn es vor dem Ersten Weltkrieg dazu bereits Ansätze gab, so ist doch bezeichnend, dass die Akzeptanz des Kapitalismus in beiden Parteien erst nach dem Zweiten Weltkrieg mehrheitsfähig wurde, wobei ich, vielleicht für manche überraschend, argumentiert habe, dass die angeblich reformistische Labour Party viel länger bei antikapitalistischen Grundpositionen verblieb als die SPD, die sich auch unter dem Einfluss neomarxistischer Positionen nicht mehr hinter ihre Akzeptanz des Kapitalismus in den 1960er Jahren zurückbewegte. Wichtig war hier vor allem die lange Zeit unterschiedliche Haltung beider Parteien zur Demokratie. Während ein demokratischer Antikapitalismus in der Labour Party auch in Zeiten des Kalten Kriegs akzeptabel blieb und als Antwort auf einen radikalen Neoliberalismus noch einmal aktualisiert wurde, verband sich in der SPD der endgültige Durchbruch zu demokratischen Tendenzen und einem gesellschaftlichen Pluralismus mit dem Abschied eines Antikapitalismus, der eine sehr viel geringere Bindung zu Demokratievorstellungen hatte als in Großbritannien. Erst in den 1990er Jahren verabschiedete sich die Labour Party, dann allerdings gleich radikal, vom Antikapitalismus und ließ sich auf Agenden des Neoliberalismus ein, die auch in der Schröder'schen SPD ihre Befürworter hatten, wobei hier der Widerstand gegen eine Akzeptanz des Neoliberalismus stärker war als in Großbritannien, wo die langen Jahre der politischen Opposition die Labour Party zu radikaleren Zugeständnissen an den Neoliberalismus veranlasste.

Wenn der Kapitalismus von den sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Großbritannien heute nicht mehr infrage gestellt wird, worin besteht dann der Inhalt des demokratischen Sozialismus? Immerhin ist mit dem Antikapitalismus auch der Glaube an staatliche Intervention, an Social Engineering und technologische Allmachtsfantasien, allesamt wichtige Bestandteile eines sozialdemokratischen Selbstverständnisses der Nachkriegszeit, weitgehend aus dem sozialdemokratischen Ideenarsenal verschwunden. Wohin treibt die Sozialdemokratie dann? Ist es so, wie Gerassimos Moschonas in seiner vergleichenden Untersuchung sozialdemokratischer Parteien in Europa vor Kurzem argumentierte, dass eigentlich nur eine Verabschiedung sozialdemokratischer Parteien aus ihrer Geschichte bleibt, ein ›Verrat‹ an genau den sozialen Schichten, für die die SPD lange Zeit stand?⁵⁴

51 *Sebastian Fischer*, Gerhard Schröder und die SPD. Das Management des programmatischen Wandels als Machtfaktor, München 2005.

52 *Oskar Lafontaine*, Das Herz schlägt links, München 1999; das Buch erschien unmittelbar nach seinem überraschenden Rücktritt von allen Ämtern in Regierung und Partei.

53 *Gerhard Schröder/Tony Blair*, Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten, London/Berlin 1999; vgl. auch *Ralf Tils*, Strategische Regierungssteuerung. Schröder und Blair im Vergleich, Wiesbaden 2011.

54 *Gerassimos Moschonas*, In the Name of Social Democracy. The Great Transformation: 1945 to the Present, London 2002.

Aber was macht eine politische Partei, die auf Machtgewinn angelegt ist, wenn ihre traditionellen Ziele, wie Reduzierung der Ungleichheit, Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Absicherung der sozial Schwachen, keine Mehrheiten mehr produzieren? Betrachtet man heute SPD und Labour Party, Peer Steinbrück und Ed Miliband, so fällt vor allem eine Leerstelle dort auf, wo Ideen für die Füllung eines demokratischen Sozialismus stehen müssten – trotz Programmdebatten und Programmkommissionen zumindest auf deutscher Seite.

Demokratie und Demokratisierung sind keine Alleinstellungsmerkmale der Sozialdemokratie und waren es auch nie. Die Sozialdemokratie war eine gesellschaftliche Kraft unter anderen, die zur Demokratisierung europäischer Gesellschaften beigetragen hat.⁵⁵ Darauf darf sie stolz sein, und die weitergehende Demokratisierung von Lebenssphären, die heute noch nicht demokratisch ausgerichtet sind, verbleibt als eine wichtige Aufgabe; aber es ist keine Aufgabe, die man als spezifisch sozialdemokratisch sehen könnte. Antikapitalismus als Vorstellungshorizont einer gerechteren wirtschaftlichen und sozialen Ordnung war lange Zeit ein solches Alleinstellungsmerkmal, und selbst in der verwässerten Variante eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz oder der schwedischen »politics against markets«, in Gøsta Esping-Andersens eindrucklicher Formulierung, blieb dieser Horizont aktuell.⁵⁶ Doch heute, so meine abschließende These, ist dies kein Bestandteil des demokratischen Sozialismus der Labour Party und der SPD mehr, und diese Leerstelle ist gerade vor dem Hintergrund der mehr als 100 Jahre währenden Geschichte beider Parteien schmerzhaft spürbar. Sozialstaatliche Absicherung, eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, eine effektivere Kontrolle wirtschaftlicher und finanzökonomischer Macht, eine aktive Bürgergesellschaft und eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen und privaten Lebensbereiche bleiben weiterhin sozialdemokratische Ziele, die man auch unter der Leitperspektive eines demokratischen Antikapitalismus fassen könnte. Können, wollen und sollen sich sozialdemokratische Leitparteien, wie die SPD und die Labour Party, die sie in der Geschichte der europäischen Sozialdemokratie nun mal waren – mit dieser etwas provokanten Frage will ich schließen –, in einer der nachhaltigsten historischen Krisen des Kapitalismus, wieder zu kapitalismuskritischen Perspektiven durchringen beziehungsweise eine demokratische Kapitalismuskritik aktivieren, um ihr Profil von einer sozial gerechteren Welt zu schärfen? Man kann gute Argumente dafür und dagegen haben, aber man sollte sich trauen, diese Debatte zumindest zu führen.

55 *Geoff Eley*, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford/New York etc. 2002.

56 *Gøsta Esping-Andersen*, *Politics Against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton, NJ 1985.

Dokumentation – Analyse – Kritik

